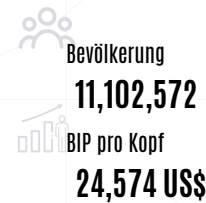
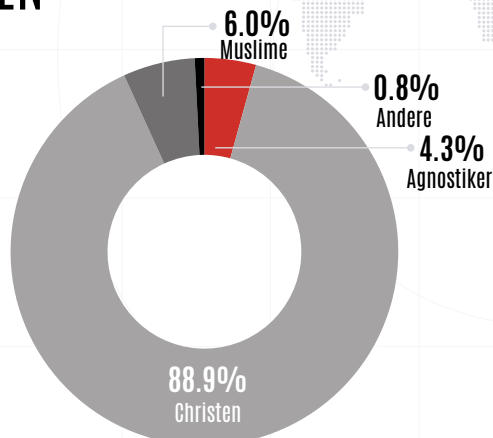




# GRIECHENLAND

## RELIGIONEN



## DIE GESETZESLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Laut Artikel 3 der griechischen Verfassung ist „die Östlich-Orthodoxe Kirche Christi die vorherrschende Religion des Landes“. <sup>1</sup> Im November 2018 gab der damalige Ministerpräsident Griechenlands das Vorhaben bekannt, Artikel 3 der Verfassung zu ändern und die „religiöse Neutralität“ des Landes zu erklären. Bei einer Abstimmung im November 2019 wurde dieser Plan jedoch vom Parlament abgelehnt. <sup>2</sup> Artikel 5 garantiert allen Menschen auf griechischem Hoheitsgebiet „den vollen Schutz des Lebens, der Ehre und Freiheit unabhängig von ihrer Nationalität, Ethnie, Sprache und ihren religiösen oder politischen Überzeugungen“.

Die Religions- und Gewissensfreiheit wird in Artikel 13 garantiert. Darin wird erklärt, dass „alle bekannten Religionen frei sind und Kultushandlungen ungehindert und unter dem Schutz des Gesetzes ausüben können“. Ferner untersagt dieser Artikel Proselytismus und die Störung der öffentlichen Ordnung durch Kultushandlungen. Weiterhin besagt der Artikel, dass Geistliche aller bekannten Religionen dieselben Pflichten haben und derselben staatlichen

Aufsicht unterliegen wie die Geistlichen der Griechisch-Orthodoxen Kirche. Der Aufruf zu religiös motivierten Gewalttaten, Diskriminierungen oder Hasstaten ist verboten. <sup>3</sup>

Die anerkannte muslimische Minderheit von Thrakien darf Moscheen und soziale sowie karitative Einrichtungen (die sogenannten „Auqaf“) unterhalten. In Absprache mit einem Gremium aus muslimischen Oberhäuptern ernennt die griechische Regierung drei Muftis in Thrakien für eine 10-jährige Amtszeit <sup>4</sup>. Die Muftis müssen jedoch mit 67 Jahren den Ruhestand antreten. <sup>5</sup> Laut dem US-Außenministerium waren einige Mitglieder der muslimischen Gemeinschaft weiterhin dagegen, dass die Muftis von der Regierung und nicht durch die eigenen Verfahren ernannt werden. <sup>6</sup>

Den offiziellen Muftis in Thrakien ist es per Gesetz erlaubt, über Familienangelegenheiten auf Grundlage der Scharia zu entscheiden. Dies setzt jedoch voraus, dass eine „ausdrückliche und unwiderrufliche Erklärung der Parteien“ vorliegt, in der dieser Form der Rechtsprechung zugestimmt wird. <sup>7</sup> Für die Betriebsausgaben der Muftiate in Thrakien kommt das Ministerium für Bildung und religiöse Angelegenheiten unter der Aufsicht des Finanzministeriums auf. <sup>8</sup>

In Artikel 16 der Verfassung wird Bildung als „grundlegende Aufgabe des Staates“ definiert. Ebenso sieht dieser Artikel „die Entwicklung eines nationalen und religiösen Bewusstseins“ vor. Griechisch-orthodoxer Religionsunterricht wird an Grundschulen und weiterführenden Schulen erteilt. Griechenlands Regierung verlagerte 2017 den Schwerpunkt des schulischen Religionsunterrichts von der christlich-orthodoxen Lehre hin zu einem „allgemeineren Religionsunterricht“, doch entschied der Staatsrat im September 2019, dass diese Änderungen verfassungswidrig sind.<sup>9</sup> Schüler können sich auf Wunsch der Eltern vom Religionsunterricht befreien lassen.<sup>10</sup> An staatlichen Schulen in Thrakien kann Islamunterricht für die anerkannte muslimische Minderheit erteilt werden und auf den Inseln Tinos und Syros steht katholischer Religionsunterricht auf dem Lehrplan.<sup>11</sup>

Im Oktober 2019 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die Befreiung vom Religionsunterricht in Griechenland gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt, weil Eltern „eine feierliche Erklärung abgeben müssen, dass ihre Kinder keine orthodoxen Christen sind“. Laut Gericht ist dies ein unzulässiger Eingriff in die individuelle Gewissensfreiheit, der Eltern davon abhalten könnte, eine Befreiung zu beantragen.<sup>12</sup>

Die 2020 vom griechischen Bildungsministerium in Westthrakien veranlasste Schließung von acht Schulen für muslimische Minderheiten verteidigte die Regierung als Entscheidung, die „fair und ohne Diskriminierungen (...) einzig aufgrund der Unterrichtsqualität und der Interessen der Schüler erfolgte“. Vom türkischen Außenministerium war die Maßnahme als „Assimilationsversuch“ kritisiert worden. Die Anzahl der Schulen für muslimische Minderheiten ist von 231 im Jahr 1995 auf 115 im Jahr 2020 zurückgegangen.<sup>13</sup>

Laut Artikel 1 des „Gesetzes über die Organisation der Rechtsform von Religionsgemeinschaften und ihrer Einrichtungen“<sup>14</sup> gelten „Religionsgemeinschaften“ als „eine angemessene Anzahl an Personen, die sich zu einer ‚bekannten Religion‘ bekennen“, d. h. zu „einer Religion, die nicht auf versteckten Überzeugungen, sondern auf klaren Lehren beruht, und deren Kultushandlungen frei und für alle zugänglich sind“. Artikel 16 des Gesetzes erklärt, dass die Griechisch-Orthodoxe Kirche, die Jüdische Gemeinschaft und die Muslimische Gemeinschaft als offizielle religiöse Rechtsträger traditionsgemäß anerkannt werden. Auch andere Religionsgemeinschaften wie die

Römisch-Katholische Kirche, die Anglikanische Kirche, die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche, die Koptische Kirche, die Armenisch-Orthodoxe Kirche, die Assyrisch-Orthodoxe Kirche und zwei evangelische Gemeinschaften werden in Artikel 13 als Rechtsträger offiziell anerkannt. Mit dieser Anerkennung erlangen Religionsgemeinschaften im Sinne von Artikel 17 den Status einer „bekannten Religion“. Damit können die anerkannten Gemeinschaften Eigentum rechtmäßig übertragen und Andachtsstätten, klösterliche Einrichtungen und allgemeine Versammlungsstätten für religiöse Zwecke betreiben. In Artikel 3 wird das Registrierungsverfahren für Religionsgemeinschaften erläutert.

Im Juli 2019 wurde das griechische Blasphemie-Gesetz im Strafgesetzbuch gestrichen. Fünf Monate später, am 11. November 2019, gab die neue Regierung bekannt, dass dieses Gesetz wieder in Kraft gesetzt werde. Am darauffolgenden Tag ließ der griechische Justizminister jedoch verlauten, dass die Entscheidung aufgrund der empörten Reaktion der Öffentlichkeit zurückgenommen werde.<sup>15</sup>

Im November 2019 nahm Griechenland nicht nur die Arbeitsdefinition von „Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA, Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken) an, sondern war auch das erste Land, das die Definition der IHRA für „Holocaust-Leugnung und -Verfälschung“ übernahm.<sup>16</sup>

Bis November 2020 war Athen die einzige europäische Hauptstadt ohne eine Moschee. Nach 15-jährigen Verzögerungen und Protesten wurde dann schließlich eine Moschee im Stadtviertel Votanikos eröffnet. Der Generalsekretär des Ministeriums für Bildung und religiöse Angelegenheiten geht davon aus, dass es landesweit ungefähr 70 inoffizielle und nur 10 staatlich zugelassene Moscheen gibt, was „ein Sicherheitsrisiko darstellt“.<sup>17</sup>

## VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Aufgrund der Corona-Auflagen wurde der Zugang zu Gotteshäusern erheblich eingeschränkt. So waren im November in der neu eröffneten Moschee in Athen nur 12 Personen erlaubt. Sie war erst seit fünf Tagen geöffnet gewesen, als ein landesweiter Lockdown verhängt wurde. Die Moschee und andere Gotteshäuser durften während der Weihnachtstage wieder öffnen, nachdem die Regierung erklärt hatte: „Wir haben entschieden, dass jedes Gotteshaus [an Weihnachten] für Gottesdienste und Gebete unterschiedslos öffnen darf, solange die Zusammenkünfte auf 25 Personen beschränkt sind.“<sup>18</sup>

Nach Angaben der Abteilung für Religionsfreiheit und interreligiöse Beziehungen des griechischen Bildungsministeriums wurden im Jahr 2019 524 Vorfälle registriert, die sich gegen „Orte von religiöser Bedeutung“ richteten. 514 Vorfälle hatten christliche Orte (darunter 504 orthodoxe Stätten), fünf Fälle jüdische Orte und weitere fünf Fälle muslimische Orte zum Ziel. Die verübten Straftaten reichten von Vandalismus über die Platzierung von Sprengsätzen bis hin zu Diebstählen und Entweihungen.<sup>19</sup> Während für 2018 und 2019 keine offiziellen Zahlen zu religiös motivierten Vorfällen an die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Veröffentlichung im jährlichen Hasskriminalitätsbericht gemeldet wurden, legten Organisationen der Zivilgesellschaft entsprechende Daten vor.<sup>20</sup>

Griechenland steht vor der permanenten Herausforderung, ethnisch motivierte von religiös motivierten Hassdelikten zu unterscheiden. Das Land war aufgrund des stetigen Zustroms von Flüchtlingen und Migranten, die zum größten Teil aus Syrien und Afghanistan den Weg über die Türkei nahmen, eines der größten europäischen Einsatzgebiete des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen.<sup>21</sup> Die Feindseligkeit gegenüber Migranten nahm zu, nachdem der türkische Präsident Erdogan erklärt hatte, er werde im März 2020 an der Grenze zu Griechenland „die Tore öffnen“, damit Flüchtlinge nach Europa einreisen könnten.<sup>22</sup> In dem vom Racist Violence Recording Network (Netzwerk zur Kontrolle rassistischer Gewalt) 2019 veröffentlichten Bericht sind 100 Fälle von Vorurteilskriminalität dokumentiert, von denen sich ungefähr die Hälfte gegen Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende richtete. Allerdings bleibt dabei unklar, ob die Opfer aus religiösen, rassistischen oder fremdenfeindlichen Motiven angegriffen wurden.<sup>23</sup>

Laut dem von einer Denkfabrik in Ankara 2019 veröffentlichten „Europäischen Islamophobie-Bericht“ findet „Islamophobie in Griechenland vorwiegend auf diskursiver Ebene statt, während physische Angriffe (...) im Vergleich zu anderen europäischen Ländern seltener vorkommen“.<sup>24</sup> Dem Bericht zufolge stellt es sich auch schwierig dar, die Gründe für die Angriffe auf die Migrantengemeinschaften zu ermitteln. Bei Anti-Migrations-Demonstrationen wurde unter anderem die Parole „Nein zur Islamisierung Griechenlands“ verwendet.<sup>25</sup> Bei den Vorfällen in Westthrakien mache sich laut Auffassung der türkischen Denkfabrik eine „Türkenphobie“ bemerkbar, die sich mit türkenfeindlichen Parolen gegen muslimische Orte richte.<sup>26</sup>

2020 meldete eine Organisation der Zivilgesellschaft Vorkommnisse, die Frauen in Flüchtlingsunterkünften betrafen. Eine Frau sagte aus: „Sie haben uns verboten, unsere Kopftücher zu tragen, und erklärten uns, dass wir woanders Muslime sein könnten, aber nicht hier. Hier seien wir Christen.“<sup>27</sup>

2019 meldeten Organisationen der Zivilgesellschaft 14 antimuslimische Vorfälle an die OSZE. So griffen im Februar sunnitische Muslime einen Schiiten an, weil er nicht an den Morgengebete teilnehmen wollte. Im April wurden Flüchtlinge in der Nähe einer Moschee angegriffen und im Juli waren weibliche Flüchtlinge Opfer von Schikanen, bei denen einer Frau das Kopftuch heruntergerissen wurde. Zu den Eigentumsdelikten zählten Fälle von Vandalismus, die an Moscheen, auf Friedhöfen und an einer Schule für muslimische Minderheiten verübt wurden.<sup>28</sup> 2018 wurden drei Fälle gemeldet: ein Angriff auf weibliche Flüchtlinge, telefonische Bedrohungen und die mutwillige Beschädigung einer Moschee durch fremdenfeindliche und antitürkische Graffiti.<sup>29</sup>

Der Anti-Defamation League (Anti-Diffamierungs-Liga) zufolge ist der Antisemitismus in Griechenland „nicht von Gewalt geprägt (...), sondern zeigt sich unter anderem in Form von Vandalismus [und] Hassreden“.<sup>30</sup> Im Jahr 2019 wurden der OSZE 13 Vorfälle gemeldet, darunter etliche Angriffe auf Holocaust-Denkmäler und Vandalismus auf Friedhöfen.<sup>31</sup> Die Zeitung The National Herald meldete für 2018 und 2019 Fälle von Vandalismus an den Holocaust-Denkmälern in Trikala und Thessaloniki sowie auf den jüdischen Friedhöfen in Trikala und Athen.<sup>32</sup> Im Jahr 2018 wurden 22 Vorfälle an die OSZE gemeldet, bei denen es sich ausschließlich um Angriffe auf Eigentum handelte, z. B. mutwillige Beschädigungen durch Graffiti und die Zerstörung von jüdischen Grabsteinen auf Friedhöfen. Im Oktober 2018 wurden auf einem jüdischen Friedhof 40 Grabsteine mit Öl beschmiert.<sup>33</sup>

Der griechischen Regierung zufolge richtete sich die Mehrzahl der Angriffe auf religiöse Orte gegen orthodoxe Stätten.<sup>34</sup> Zu den Vorfällen des Jahres 2019, die von Organisationen der Zivilgesellschaft an die OSZE gemeldet wurden, zählten die Bedrohung eines zum Christentum konvertierten Asylbewerbers, dessen Bibel dabei an eine Wand geworfen wurde, Fälle von Vandalismus und Brandstiftung an Kirchen und gezielte Angriffe auf Zeugen Jehovas.<sup>35</sup>

Im Juli 2018 wurden zwei christliche Familien aus dem Iran nach einer Bibelstunde in einem Flüchtlingslager von

mehr als 30 Personen mit Messern angegriffen und mit dem Tode bedroht. „Die Angreifer übergossen die Hütte, in der die Zusammenkunft stattfand, mit Benzin und drohten damit, sie anzuzünden. Während die Männer der Familien zusammengeschlagen wurden, hielt man den beiden Frauen und den Kindern ein Messer an die Kehle und teilte ihnen mit, dass das Lager muslimisch sei und sie dieses verlassen müssten.“<sup>36</sup> Im Dezember 2018 übernahm eine anarchistische Gruppierung die Verantwortung für die Detonation eines Sprengsatzes in einer Athener Kirche.<sup>37</sup>

## PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Auch wenn es im Berichtszeitraum keine wesentlichen staatlichen Einschränkungen der Religionsfreiheit in Griechenland gab, bleibt die gesellschaftliche Situation aufgrund der anhaltenden Flüchtlingskrise weiterhin schwierig. Die geographische Nähe zur Türkei und deren Einfluss auf die muslimische Minderheit in Thrakien trägt zu einer gewissen Unsicherheit im Land bei, doch scheint sich Griechenland dafür einzusetzen, dass Angehörige von religiösen Mehrheiten und Minderheiten gleichermaßen geschützt werden und die Stabilität im Land gewährleistet wird. Die Perspektiven für eine friedliche Ausübung der Religionsfreiheit haben sich im Berichtszeitraum verschlechtert und diese negative Tendenz wird sich wohl auch in Zukunft fortsetzen.

## ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 Greece 1975 (rev. 2008), Constitute Project, [https://constituteproject.org/constitution/Greece\\_2008?lang=en](https://constituteproject.org/constitution/Greece_2008?lang=en) (abgerufen am 5. Februar 2021).
- 2 Nasos Smirneos, „If you take the house, I'll take the kids': State vs. Church in Greece“, The New Federalist, 3. Januar 2021, <https://www.thenewfederalist.eu/if-you-take-the-house-i-ll-take-the-kids-state-vs-church-in-greece?lang=fr>; (abgerufen am 5. Februar 2021); „Parliament completes constitutional revision approving nine changes“, Ekathimerini, 25. November 2019, <https://www.ekathimerini.com/246837/article/ekathimerini/news/parliament-completes-constitutional-revision-approving-nine-changes> (beide abgerufen am 5. Februar 2021).
- 3 Eda Gemi, „GREASE Country Profile: Greece“, Radicalisation, Secularism and the Governance of Religion: Bringing together European and Asian Perspectives (GREASE), November 2019, <http://grease.eui.eu/wp-content/uploads/sites/8/2019/11/GREASE-Profile.pdf> (abgerufen am 6. Februar 2021).
- 4 U.S. Department of State, „Greece 2019 Human Rights Report“, Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/02/GREECE-2019-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 5 Law 4559/2018, Article 48, Amendment on Muftiates: Explanatory Memorandum, [https://www.minedu.gov.gr/publications/docs2018/Law\\_4559\\_2018\\_article\\_48\\_Amendment\\_on\\_Muftiates.pdf](https://www.minedu.gov.gr/publications/docs2018/Law_4559_2018_article_48_Amendment_on_Muftiates.pdf) (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 6 Office of International Religious Freedom, „Greece“, 2019 Report on Religious Freedom, U.S. Department of State, <https://www.state.gov/reports/2019-report-on-international-religious-freedom/greece/> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 7 Presidential Decree 52/2019 Procedural rules on cases under the jurisdiction of the Muftis of Thrace - Establishment, organization and operation of the Directorate for cases under the Mufti's jurisdiction at the Muftiates in Thrace, [https://www.minedu.gov.gr/publications/docs2020/Presidential\\_Decree\\_52\\_2019\\_Procedural\\_rules\\_on\\_cases\\_under\\_the\\_Muftis\\_jurisdiction.pdf](https://www.minedu.gov.gr/publications/docs2020/Presidential_Decree_52_2019_Procedural_rules_on_cases_under_the_Muftis_jurisdiction.pdf) (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 8 Law 4559/2018, Article 48, Amendment on Muftiates, op. cit.
- 9 Nick Kampouris, „Previous SYRIZA Government's Reforms to Religious Education Ruled Unconstitutional“, Greek Reporter, 30. September 2019, <https://greekreporter.com/2019/09/20/previous-syriza-governments-reforms-to-religious-education-ruled-unconstitutional/> (abgerufen am 6. Februar 2021).
- 10 „GREASE Country Profile: Greece“, op. cit.
- 11 Ibid.
- 12 „Greece breaks EU rules on religious education classes“, Ekathimerini, 31. Oktober 2019, <https://www.ekathimerini.com/245997/article/ekathimerini/news/greece-breaks-eu-rules-on-religious-education-classes> (abgerufen am 6. Februar 2021).
- 13 Andriana Simos, „Greece's closure of minority schools in Western Thrace slammed by Turkey as ‚assimilation‘“, The Greek Herald, 13. August 2020, <https://greekherald.com.au/news/greece/greeces-closure-minority-schools-western-thrace-slammed-turkey-assimilation/> (abgerufen am 7. Februar 2021).
- 14 Law 4301/2014 Organization of the Legal Form of Religious Communities and their organizations in Greece, [https://www.minedu.gov.gr/publications/docs2014/publications/Law\\_4301\\_-2014\\_Organization\\_of\\_the\\_legal\\_form\\_of\\_religious\\_communities\\_and\\_their\\_organizations\\_in\\_Greece.pdf](https://www.minedu.gov.gr/publications/docs2014/publications/Law_4301_-2014_Organization_of_the_legal_form_of_religious_communities_and_their_organizations_in_Greece.pdf) (abgerufen am 6. Februar 2021).
- 15 Nick Kampouris, „Government Reintroduces Criminalization of Blasphemy; Toughens Pedophile Sentences“, Greek Reporter, 11. November 2019, <https://greekreporter.com/2019/11/11/government-reintroduces-criminalization-of-blasphemy-toughens-pedophile-sentences/>; Nick Kampouris „Greece Scraps Reinstatement of Blasphemy Law Following Public Outcry“, Greek Reporter, 12. November 2019, <https://greekreporter.com/2019/11/12/greece-scraps-reinstatement-of-blasphemy-law-following-public-outcry/> (beide abgerufen am 5. November 2021).
- 16 „Greece adopts IHRA's definition of anti-Semitism, Holocaust denial“, Ekathimerini, 8. November 2019, <https://www.ekathimerini.com/246294/article/ekathimerini/news/greece-adopts-ihras-definition-of-anti-semitism-holocaust-denial> (abgerufen am 4. Februar 2021).
- 17 Helena Smith, „Athens' first official mosque permitted to reopen for Christmas“, The Guardian, 24. Dezember 2020, <https://www.theguardian.com/world/2020/dec/24/athens-first-official-mosque-permitted-to-reopen-for-christmas> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 18 Ibid; Tefvik Durul, „1st Friday prayer held in Athens' only mosque“, Anadolu Agency, 6. November 2020, <https://www.aa.com.tr/en/europe/1st-friday-prayer-held-in-athens-only-mosque-/2034667> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 19 „Περιστατικά εις βάρος χώρων θρησκευτικής σημασίας στην Ελλάδα: ΕΚΘΕΣΗ 2019“, Υπουργείο Παιδείας Και Θρησκευμάτων Γενική Γραμματεία Θρησκευμάτων Διευθυνση Θρησκευτικής Εκπαίδευσης Και Διαθρησκευτικών Σχέσεων Τμήμα Θρησκευτικών Ελευθεριών Και Διαθρησκευτικών Σχέσεων, p. 9, [https://www.minedu.gov.gr/publications/docs2020/%CE%88%CE%BA%CE%B8%CE%B5%CF%83%CE%B7%202019\\_opt.pdf](https://www.minedu.gov.gr/publications/docs2020/%CE%88%CE%BA%CE%B8%CE%B5%CF%83%CE%B7%202019_opt.pdf) (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 20 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2019 Hate Crime Reporting – Greece“, Organization for Security and Co-operation in Europe, <https://hatecrime.osce.org/greece?year=2019>; Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2018 Hate Crime Reporting – Greece“, Organization for Security and Co-operation in Europe, <https://hatecrime.osce.org/greece?year=2018> (beide abgerufen am 8. Februar 2021).
- 21 „Greece: Operational environment 2021“, UNHCR, <https://reporting.unhcr.org/node/14851?y=2021#year> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 22 „Greece migrant crisis: Refugee centre ablaze as tensions rise“, BBC News, 7. März 2020, <https://www.bbc.com/news/world-europe-51781394> (abgerufen am 7. Februar 2021).
- 23 „Συνέντευξη Τύπου και Συζήτηση με αφορμή την Παρουσίαση της Ετήσιας Έκθεσης 2019“, Δίκτυο Καταγραφής Περιστατικών Ρατσιστικής Βίας, 16. Juni 2020, [http://ivrn.org/2020/06/etisia\\_ekthesi\\_2019/](http://ivrn.org/2020/06/etisia_ekthesi_2019/) (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 24 A. Huseyinoglu, A. Sakellariou, „Islamophobia in Greece: National Report 2019“, in E. Bayraklı & F. Hafez, European Islamophobia Report 2018, SETA, Istanbul, pp. 364-365, <https://www.islamophobiaeurope.com/wp-content/uploads/2020/08/2019eir-GREECE.pdf> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 25 Ibid, p. 366.
- 26 Ibid, p. 364.
- 27 „Φρικιαστικές μαρτυρίες γυναικών από την Πέτρου Ράλλη“, Efsyn, 5. Januar 2020, [https://www.efsyn.gr/ellada/dikaiomata/225643\\_frikiastikes-martyries-gynaikon-apo-tin-petroy-ralli](https://www.efsyn.gr/ellada/dikaiomata/225643_frikiastikes-martyries-gynaikon-apo-tin-petroy-ralli) (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 28 „2019 Hate Crime Reporting – Greece“, op. cit.
- 29 „2018 Hate Crime Reporting – Greece“, op. cit.

- 30 „Anti-Semitism in Greece: A Country Report“, Anti-Defamation League, <https://www.adl.org/resources/reports/anti-semitism-in-greece-a-country-report> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 31 „2019 Hate Crime Reporting – Greece“, op. cit.
- 32 „More Anti-Semitism in Greece: Holocaust Memorial Vandalized“, The National Herald, 19. März 2019, [https://www.thenationalherald.com/archive\\_general\\_news\\_greece/arthro/more\\_anti\\_semitism\\_in\\_greece\\_holocaust\\_memorial\\_vandalized-49831/](https://www.thenationalherald.com/archive_general_news_greece/arthro/more_anti_semitism_in_greece_holocaust_memorial_vandalized-49831/) (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 33 „2018 Hate Crime Reporting – Greece“, op. cit.
- 34 „Περιστατικά εις βάρος χάρων θρησκευτικής σημασίας στην Ελλάδα: ΕΚΘΕΣΗ 2019“, op. cit.
- 35 „2019 Hate Crime Reporting – Greece“, op. cit.
- 36 „Attack on seven Iranian Christians exposes religious minorities’ ,extreme vulnerability’ in refugee camps“, World Watch Monitor, 10. Juli 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/2018/07/attack-on-seven-iranian-christians-exposes-extreme-vulnerability-in-refugee-camps/> (abgerufen am 8. Februar 2021).
- 37 Sarah Souli, „Why Is Greece Such a Hot Spot of Left-Wing Terrorism?“, The New Republic, 18. Januar 2019, <https://newrepublic.com/article/152918/greece-hot-spot-left-wing-terrorism> (abgerufen am 8. Februar 2021).